

Haus

Mit Taschen voller Geschenke besuchte Ministerpräsident Tillich gestern die Adelsberger Kindertagesstätte. Er verließ Chemnitz mit einem Sack voller Aufgaben.

Adelsberg. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat gestern bei einem Besuch in Chemnitz offenbar allerhand gelernt. Zu den positiven Erkenntnissen gehörten Einblicke in die Montessori-Pädagogik, die ihm Mädchen und Jungen im Adelsberger Kinderhaus "Eva Lu" gewährten. Die Vorschulkinder der 2002 eröffneten Einrichtung der Kirchgemeinde Adelsberg/Kleinolbersdorf-Altenhain zeigten ihrem Gast verschiedene stille und freie Übungen. So reichten sie sich schweigend ein Stück Eis mit einer darin eingefrorenen Blume von Hand zu Hand und füllten Wasser in verschiedene Gefäße. Tillich revanchierte sich mit einer Ladung grüner Po-Rutscher und zwei Taschen voller Plüschtiere und -puppen, darunter dem Sandmännchen.



Bescherung einen Monat nach Heiligabend: Ministerpräsident Stanislaw Tillich überbringt den Mädchen und Jungen im Adelsberger Kinderhaus "Eva Lu", links Erzieherin Kathrin Oehler, Geschenke.

Foto: Toni Söll

Im "Eva Lu" werden zurzeit 60 Mädchen und Jungen, darunter 13 im Krippenalter und vier mit Behinderungen, von neun Erzieherinnen und zwei technischen Mitarbeitern zumeist in Teilzeit betreut. Beim Rundgang durch das Haus erklärte Leiterin Ulrike Pauli dem Ministerpräsidenten, dass trotz ansonsten nahezu optimaler Bedingungen etwas fehle: Personal. "Jede Mitarbeiterin sammelt pro Monat im Schnitt zehn Überstunden an", beklagte sie. Grund dafür sei der sächsische Betreuungsschlüssel von je einer Erzieherin für 13 Kindergärten- oder sechs Krippenkinder. Bei Urlaub oder Krankheit von Kolleginnen müsse sich eine Erzieherin um noch mehr Kinder kümmern. "Dabei wird der Aufwand für Vor- und Nachbereitung immer größer", sagte Ulrike Pauli. "Wir wünschen uns einen Betreuungsschlüssel von mindestens 1:10 im Kindergarten und von 1:5 in der Krippe, pflichtete ihr Pfarrer Daniel Förster bei. Tillich versicherte, der Freistaat sei bereit, einen Beitrag für bessere Betreuungsschlüssel zu leisten. Aber auch die Kommunen müssten etwas dafür tun.

Schon am Vormittag, bei einem Treffen mit den acht Chemnitzer Ortsvorstehern und Vertretern der Bürgernetzwerke Mitte-West und Süd, hatte der Ministerpräsident offenbar Neues erfahren. So unter anderem, dass die Grundschulen in ländlich geprägten Stadtteilen wie Euba, Klaffenbach und Röhrsdorf vom Kultusministerium trotzdem als Stadt-Schulen betrachtet werden und deswegen keinen Bestandsschutz genießen und ihnen wegen unsicherer Schülerzahlen kein Fördergeld bewilligt wird. "Tillich räumte ein, das bisher nicht so gesehen zu haben, und wollte das Thema mitnehmen", berichtete Stadtrat Detlef Müller (SPD), der den Klaffenbacher Ortsvorsteher Andreas Stoppke vertrat.

Müller habe außerdem das ungeduldige Warten vieler Würschnitz-Anwohner auf ein Hochwasser-Rückhaltebecken bei Jahnsdorf angesprochen, für das der Freistaat bis Ende 2017 kein Geld eingeplant hat. Laut dem Stadtrat könne sich Tillich vorstellen, dass Geld von bereits finanziell untersetzten Hochwasserschutzvorhaben, die sich wegen Klagen von Anwohnern verzögern, nach Jahnsdorf umgeleitet wird.

Bereits bekannt waren Tillich die Probleme von Anwohnern mit dem Lärmschutz an der neuen B 174 in Kleinolbersdorf-Altenhain. "Er hatte das Thema schon in seiner Einführung angesprochen", berichtete Ortsvorsteher Bernd Gerlach. Er übergab dem Ministerpräsidenten die Kopie einer Petition dazu. Tillich habe "signalisiert, dass er sich einbringen wird", so der Ortsvorsteher. Dabei gehe es zunächst um ein Treffen mit maßgeblichen Beteiligten am B-174-Neubau vor Ort.

Weniger zufrieden war der Eubaer Ortsvorsteher Thomas Groß, der Tillich nach dem Weiterbau des Südrings zwischen Augustusburger und Frankenberger Straße gefragt habe. "Er wollte die Frage mitnehmen", sagte Groß.

Der Röhrsdorfer Ortsvorsteher Hans-Joachim Siegel habe angesprochen, dass die Ortschaftsräte mehr Rechte erhalten sollten, damit Verwaltungsarbeit entbürokratisiert und Kosten eingespart werden. Dazu sollte eine gemeinsame Lösung mit der Stadtverwaltung gesucht werden. "Es hat niemand widersprochen, auch die Oberbürgermeisterin nicht", so Siegel.

Aus der Staatskanzlei und dem Rathaus gab es gestern keine Kommentare zu Tillichs Besuch.

erschienen am 25.01.2014 (Von Michael Brandenburg)

© Copyright Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG